



Dringlichkeitsantrag

der Fraktion der SPD

Die Landesregierung muss sich für die Zukunft der FSG-Nobiskrug Werften einsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für den Erhalt der FSG-Nobiskrug Werften in Flensburg und Rendsburg einzusetzen. Dafür muss Sie kurzfristig Gespräche mit dem Investor und der Bundesregierung führen, um mögliche Zukunftsszenarien für den wichtigen Standort zu entwickeln. Die Arbeitsplätze und die Produktionskapazität sollen in Schleswig-Holstein erhalten bleiben.

Begründung:

Die Lage der FSG-Nobiskrug Werften in Flensburg und Rendsburg hat sich kurzfristig verschärft. Gehälter werden nicht rechtzeitig gezahlt. Immer mehr Beschäftigte verlassen das Unternehmen. Dabei gibt es durchaus Zukunftsperspektiven für den Betrieb, wie die im Dezember durch das Bundeswirtschaftsministerium in Aussicht gestellte Zusage von 62 Millionen Euro für den Bau von drei LNG-Bunker-Schiffen zeigt.

Der politische Einsatz für Betriebe im Land lohnt sich. Das zeigt das Beispiel Caterpillar in Kiel. Dort konnten nach großem gewerkschaftlichem und politischem Einsatz viele Arbeitsplätze gesichert werden, die in der ursprünglichen Planung des Unternehmens wegfallen sollten. Diese Unterstützung braucht es jetzt auch im Fall der FSG-Nobiskrug.

Serpil Midyatli
und Fraktion